

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gernul Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1830
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 148.

Dienstag, 29. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Halbschriftzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Jahrgangs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Spanische Reiter.

Jeder, der einmal im Schützenstaben war, weiß, was das für Dinger sind, diese spanischen Reiter. Welche mit Stachelbraut bepackt, die ein Annäheren an die feindliche Linie nachgerade unmöglich machen. Spanien, das Land, von dem diese Dinger ihre Namen entlehnten, scheint eine große Vorliebe für sie zu haben. Denn das ganze Land ist von ihnen umstellt. Es ist zwar kein Stachelbraut, der das Annäheren an die spanische Grenze verhindert. Aber der Raum, der das Land umgibt, ist nicht minder undurchdringlich. Und wenn man fragt, aus welchem Material diese Abwehrvorrichtung erbaut ist, so hat man zu antworten: aus der scharfen Waffe, aus dem Pulver und der Eisenkugel. Nichts was in Spanien sich ereignet, bringt unkontrolliert ins Ausland. Aber selbst die Einwanderer erfahren nicht, was sich in ihrer unmittelbaren Nähe ereignet. Sie hören zwar von Zeit zu Zeit, daß Gewehre losgegangen sind, daß Tumulte sich ereignet haben, daß es Verwundete und Tote gab. Aber welche Gründe diese Vorfälle bedingten, wo die Ursachen zu suchen sind, die diese ewige Unruhe im Lande bringen, darüber wissen die Zeitungen nur wenig zu sagen, und wenn sie etwas zu sagen haben, so sprechen sie nur das aus, was die Regierung will und was sie für gut befindet, dem spanischen Volk und dem Ausland mitzuteilen. Nichts desto weniger hat man doch erfahren, daß zur Zeit in Spanien allerhand los ist. Daß gewisse Garnisonen sich gegen die Madrider Regierung erhoben haben und daß im Zusammenhang mit all diesen Dingen angesehene Militärs und höhere Offiziere verhaftet wurden. Würde man den amtlich gemeldeten Nachrichten, die über die Vorfälle bringen, glauben, so hätte man annehmen, daß alle diese Vorfälle nur lokaler Natur sind, bedeutungslos, ohne jeden Einfluß auf den Kurs der Politik, der zur Zeit in Madrid betrieben wird.

Aber die Wahrheit ist ein gar merkwürdiger Stoff. Ein Stoff, der auch durch die kompliziertesten spanischen Reiter hindurchdringt, der sogar auch dem hervorleuchtet, was eine fremde Presse in sorgsam wegzudeckelt. Die letzte Aufbruchsbewegung in Spanien ist keine Operationen. Sie ist nicht harmlos und ohne Fundament. Sie ist die Auswirkung einer tiefen Erbitterung, die in den breitesten Schichten der Bevölkerung Wurzel gefaßt hat und jetzt elementar nach einem Ausbruch sucht. Die Diktatur Primo de Rivera hat sich überlebt. Damals, als sie eingesetzt wurde, war sie gut und wirksam, weil sie notwendig war, und weil ohne Energie einer Persönlichkeit die Schwierigkeiten, unter denen das Land litt, nicht beseitigt werden konnten. Aber in unserer modernen Zeitläuter kann eine Diktatur nur ein Übergangsstadium sein. Entweder sie schafft das, was sie will. Dann hat sie den Boden gerodet und der Verfassungstaat kann wieder weiter arbeiten. Oder sie verlagert. Dann ist sie unfähig, die Verfassung zu erneuern, sie ist nicht mehr als ein Verfall. Es soll heute nicht unsere Aufgabe sein, zu untersuchen, welche günstige oder ungünstige Wirkung die Diktatur Primo de Rivera geschaffen hat. Wollen wir feststellen, daß der Zeitraum, in dem sie zu wirken hat, längst verstrichen ist. So darf es uns nicht wunder nehmen, wenn die Befürworter ihrem Vorgehen gedenken, heißt: Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Diese Parole ist recht albern. Denn sie spricht das aus, was die meisten Menschen in Spanien denken, fühlen, aber bis jetzt vielleicht noch nicht ausgesprochen gewagt haben. Man lese das Manifest der Generale Berio und Aquilera, der Führer der Bewegung durch: „Die Diktatur hat sich bis jetzt als bürgerliche Diktatur manifestiert und bleibt trotz aller Versprechungen. Der Wille und die Laune eines einzelnen Menschen haben sich unter Nichtachtung des Gesetzes zu Herrschaft gemacht, und die heiligsten Interessen des Vaterlandes sind der Unfähigkeit und der Gefährlichkeit dieses einzelnen Menschen ausgeliefert.“ Wie schon gesagt, die Wirksamkeit oder Unwirksamkeit der augenblicklichen Diktatur in Spanien wollen wir unerörtert lassen. Uns interessiert nur die Frage, wie hoch die Bewegung ist und welche Richtung sie hat, sich durchzusetzen. Und da hört man: Die Garnison von Valencia ist unter Leitung der Offiziere in vollem Aufbruch. Die Truppen, die die Regierung von Madrid nach dieser Stadt senden sollte, weigerten sich abzufahren. Dagegen sind verschiedene Generale aus Madrid nach Valencia geeilt, um die Leitung des Aufstandes zu übernehmen. Schließlich heißt es heraus, daß der Hauptteil des Heeres, genau ebenso wie die gesamte intelligente Bürgerschaft den sofortigen Abschluß des Ausnahmezustandes, das heißt der Diktatur, wünscht.

Bergleicht man diese durch die spanischen Reiter der Presseart geschickten Nachrichten mit den Communiqués, die die Madrider Behörde ausgibt, so springt der Widerspruch zwischen diesen beiden Verlautbarungen recht deutlich in die Augen. Die amtlichen Verlautbarungen sind zensuriert, also beschnitten, kritisiert, für das Ausland zurechtgemacht. Die anderen sind unzensuriert, kommen aus Erfahrungen, die verschiedene Journalführer im Lande machen konnten. Es ist nicht schwer, sich darüber klar zu werden, welcher Quelle man mehr Glauben schenken kann. Ein Interessantes in diesem spanischen Delirium verdient festgelegt zu werden: während im Lande alles drüber und drunter geht, liegt der König dieses Staates in Paris und gibt Interviews. Warum eilt dieser Monarch nicht auf schnellstem Wege dorthin, wohin er im Augenblick wenigstens gehört? Indiskretionen, die die spanischen Reiter überbringen, sagen, daß er durch sein Fernsein Primo de Rivera freie Hand geben will. Und schließlich, das hat der spanische König schon erkannt, es handelt sich ja nicht um eine antimonarchistische

Fragen der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

von Berlin, den 28. Juni 1926.

Präsident Voegelé eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes, durch den das Reichsgesetz über die Schutzpolizei der Länder aufgehoben werden soll. Das jetzt aufzuhebende Gesetz sah die 13jährige Verpflichtung der Schutzpolizisten vor. Die Militärs haben diese Anstellungsart beanstandet. Im Zukunft sollen daher die Vollzeitsoldaten grundsätzlich nach Maßgabe freier Stellen und Lebensbedingung angestellt werden.

Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß. Es folgen die Berichte des Volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Anträge, die zur produktiven Erwerbslosenfürsorge

gehört waren. Der Ausschuss betont in einer Entschließung, daß bei dem Erwerbslosenfürsorge ein großzügiger Plan von Arbeitsbeschaffung treten muß. Die Regierung wird ersucht, durch Bereitstellung der nötigen Mittel die Durchführung des Programms zu ermöglichen, das der Ausschuss für die Arbeitsbeschaffung aufgestellt hat. Dazu sollen gehören: Straßenbau und Straßenerneuerung, Aufstellung von Dehländchen und Moorweiden, Schiffbau und Bootbau, Aufstellung von Kanalarbeiten, Holz- und Holzverarbeitungsanlagen zur Gewinnung von Kautschuk und zur Verwertung von Holzschutt, Anlagen zur Gewinnung von Holzkohle, Holzgas, Elektrizität, Gewinnung von Eisenbahnen.

Die Reichsregierung wird ferner ersucht, zu prüfen, ob die Schmierarbeiten beim Auslandskredit nicht gehoben werden können. Sie soll bei den Reparationsleistungen auf die Gewinnung langfristiger Sachlieferungen hinwirken und unterstützen, inwieweit der große Andromeda von täglichem Geld, das zum Teil zu reinen Spekulationszwecken im In- und Ausland verwendet wird, der produktiven Wirtschaft Deutschlands zugeführt werden kann.

Abg. Dörmann (Soz.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Redner betont besonders die Notwendigkeit von Straßenbauten. Wir haben in Deutschland 180 000 Kilometer Straßen, die dem neuzeitlichen Verkehr aber nicht mehr genügen. Wir haben 3 Millionen Hektar an Dehländchen und Sümpfen, die kultiviert werden können.

Abg. Hiesler (Dem.) berichtet über die Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses. An die Stelle des jetzigen Systems müsse die gesetzliche Arbeitslosenversicherung treten. Der Weg, die Unterstützung nach Lebenslagen abzustufen, erschien dem Ausschuss nicht gangbar.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärt, daß die Reichsregierung fortgesetzt der Erwerbslosigkeit größte Aufmerksamkeit schenke. Auch mit der gegenwärtigen besonderen Lage habe sich die Reichsregierung eingehend befaßt. Mit Genugtuung könne er feststellen, daß zwischen Reichstag und Reichsregierung volle Übereinstimmung in allen grundsätzlichen Fragen bestehe. Den Höchststand habe die Erwerbslosigkeit am 15. Februar mit rund 2 Millionen Hauptunterstützungsempfängern zu verzeichnen gehabt. Dazu kämen die Angehörigen, deren Zahl noch etwas höher liege. Auch die Zahl der Kurzarbeiter sei derjenigen der Vollerwerbslosen ungefähr gleich. Wenn auch die Zahl der Erwerbslosen in den letzten Monaten um rund 300 000 in normalen Zeiten besiedigten Sinne, so sei das angesichts des gewaltigen Umfangs der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit bei weitem zu wenig.

Die Situation unter den Erwerbslosen ist größer als man allgemein annimmt. Von 478 000 Erwerbslosen am 15. November 1925 waren am 15. Mai nur noch 186 000 Unterhaltungsempfänger, bei anderen Vergleichen ist das Ergebnis noch günstiger. Daraus ergibt sich, daß die Unterstützung der Erwerbslosen die Ausnahme der Arbeit im allgemeinen nicht verhindert hat. Andererseits ist der chronische Charakter der jetzigen Arbeitslosigkeit nicht zu verkennen. Die Reichsregierung hat angeordnet, daß die Kurzarbeiterfürsorge bis zum Herbst bestehen bleibt und dann geändert wird, daß die Befristung der Bezugsdauer auf 6 Wochen fortfällt. Die Höchstätze sollen verlängert werden. Die ausgeschickten Erwerbslosen sollen bevorzugt in Beschäftigung gebracht werden und Reichslandarbeiten erhalten. Die Gemeinden sollen zur Vermehrten Hilfe für die Ausschickten veranlaßt werden.

Der Minister weist darauf hin, daß vor 1925 mit einer Befristung der Arbeitslosigkeit nicht zu rechnen ist. Die Regierung sei bereit, die produktive Erwerbslosenfürsorge möglichst zu fördern. Die notwendigen Mittel sollen durch Anleihen aufgebracht werden. In erster Linie sollen die noch nicht fertigen Teile des Mittellandkanals gebaut werden. Weitere Aufgaben sind der Bau des Stauwerks in Dittmannsdorf, die Kanalisierung des unteren Rheins, des Redars und die Verbindung von Rhein, Main und Donau. Andere Arbeitsgelegenheit bietet die Aufforstung von Dehländchen.

Rebellion. Da wird er vielleicht zu der Überlegung gekommen sein, seine spanischen Untertanen einmal unter sich allein zu lassen. Die Sache muß ja so oder so ausgehen. Und seine Monarchie hat ja nichts zu befürchten.

Die Reichsregierung erwartet bestimmt, daß sich die Wohnungsbaupolitik in nächster Zeit wesentlich heben wird. Sie stellt den Ländern dazu einen weiteren Kredit zur Verfügung unter der Voraussetzung, daß die Länder ihn zwischen Oktober und Januar zurückzahlen, wenn die Erträge der Hauszinssteuer eingegangen sind. Die Regierung ersucht erneut dringend die Gemeinden, in eigener Regie noch in diesem Jahre die Behelfswohnungen zu schaffen für solche Mieter, die die Wohnung raumen müssen. Im Herbst soll ein einheitliches Wohnungsbauprogramm für die nächsten drei Jahre aufgestellt werden. (Beifall.) Das ist die unerläßliche Voraussetzung für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Dadurch wird auch eine gleichmäßige Verteilung der Bauarbeiten über drei Jahre erreicht. Die Reichsbahn hat die Pflicht, sich in den Dienst der Arbeitsbeschaffung zu stellen. Die Reichsregierung wird alle Maßnahmen dieser Art eifrig fördern. Weiter soll Arbeit beschafft werden durch Straßenbau und Anpassung der bestehenden Straßen an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs, vor allem des Autoverkehrs. Zur Durchführung eines einheitlichen Planes zur Arbeitsbeschaffung ist ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Länder und Gemeinden mit dem Reiche erforderlich. Jedes Neben- und Gegeneinanderarbeiten bringt bedrohliche Hemmnisse, die angeht die fürchtbaren Notlage der Erwerbslosen vermeiden werden müssen. (Beifall.)

Abg. Schüss (Komm.) bezeichnet das Programm der Regierung als unzureichend. Vor allem müssen Mietregulierungen eintreten. Der Redner fordert eine fünfzigprozentige Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge und beantragt für die produktive Erwerbslosenfürsorge 500 Millionen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dörmann (Soz.) billigt die Vorschläge des Ausschusses, die möglichst rasch verwirklicht werden müssen. Die Gemeinden sollen das Recht haben, zu den staatlichen Zäpfen eigene Zuwendungen hinzuzufügen.

Abg. Hädel (Komm.) verlangt Kürzung der hohen Minister- und Generalpensionen und Verwendung der so ersparten Mittel für die Erwerbslosen.

Die Ausschlußbeschlüsse werden durchweg bestätigt. Der kommunistische Antrag, 300 Millionen für die produktive Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen, geht an den Haushaltsausschuß.

Es folgt die zweite Lesung des völkischen Antrages auf Aufhebung des Gesetzes über die Republik.

Der Rechtsausschuß hat den Antrag abgelehnt und beantragt eine Änderung des Republikgesetzes dahin, daß die Justizstrafen wegfallen und die Ausweisung befristeter Ausländer nicht mehr vorgeschrieben wird.

Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) erklärt, das Republikgesetz sei zu den schlimmsten Rechtsverdrängungen mißbraucht worden. Für die bloße Aufzählung zum Eintritt in die kommunistische Partei sei ein kommunistischer Schriftsteller zu einer schweren Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) behauptet, daß der Staatsgerichtshof und das Reichsgericht einseitig gegen Kommunisten und Sozialisten vorgehen, aber die Völkischen begünstigen. Die Aufhebung des ganzen Gesetzes könne nicht gebilligt werden, weil ein Schutz gegen die rechtsreaktionären Nordorganisationen notwendig sei.

Der völkische Antrag auf Aufhebung des Republikgesetzes wird mit 234 gegen 102 Stimmen der Völkischen und Deutschnationalen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die vom Ausschuss vorgeschlagenen Milderungen werden angenommen.

Das Haus vertagt sich.
Dienstag 2 Uhr: Zweite Lesung der Fürstenabfindungsvorlage.
Schluß gegen 6 Uhr.

von Berlin. Wie wir aus deutschnationalen Kreisen erfahren, hat die deutschnationale Fraktion ihre sämtlichen erkrankten oder sonstige beurlaubten Mitglieder telegraphisch zu der heute Dienstag stattfindenden zweiten Lesung des Gesetzes über die Auseinandersetzung mit den normal regierenden Fürstentümern nach Berlin berufen. Damit dürfte, so heißt es in der Erklärung weiter, dem Geräch entgegengetreten sein, daß die Deutschnationalen durch nicht vollständiges Erscheinen ihrer Mitglieder aus diesem oder jenem Grunde dem Gesetz zu einer Zweidrittelmehrheit verhelfen wollen.

Die Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien nahmen in ihren Sitzungen am Montag abend nur den Bericht der Fraktionsführer entgegen. Irigendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Auch die deutschnationale Reichstagsfraktion erörterte die Fürstenabfindungsfrage in freier vertraulicher Sitzung. Die Regierungsparteien nahmen die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten am Dienstag vormittag wieder auf. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion behandelte eingehend das Fürstenabfindungsgesetz.

Aus dem Rißgebiet.

Dem Matin zufolge hat der Eingeborenenfürst Edirabo in einer Proklamation an die Dissidenten der Gegend von Tala erklärt, er werde sich nicht unterwerfen, sondern kämpfend sterben.